

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Eitich-Duncker).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Verbandsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 7.

Berlin, Mittwoch, 23. Januar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Bismarck gegen das allgemeine Wahlrecht. — Die Holz-
arbeiteranzersparung in Berlin. — Zum kommenden Ver-
bandskongress. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte
der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Gewerkevereine-
Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Bismarck gegen das allgemeine Wahlrecht.

Fürst Bismarck hat das allgemeine, geheime,
direkte Wahlrecht eingeführt. Zu seiner Verteidigung
diente er damals ganz mit Recht das preussische
Dreiklassenwahlrecht, das ebenfalls aller Wahl-
systeme. Von der Einführung des allgemeinen,
geheimen, direkten Wahlrechtsgewartete der Fürst
eine Entzweiung der bürgerlichen Opposition durch
die Sozialdemokratie. Diesen Zwiespalt im ar-
beitenden Bürgertum brauchte Bismarck für seine
reaktionären Pläne. Als das Reichstagswahlrecht
ist dieser Richtung seine Schuldigkeit getan, suchte
er die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz
wieder niederzuschlagen. Die erwartete Wirkung
blieb aus. Das veranlaßte den ersten Reichstags-
kongress, neue Pläne zu erfinden, wie er die von ihm selbst
großgezogene Sozialdemokratie wieder los werden
sönne. Dies Sinnen brachte ihn auf den un-
glücklichen Gedanken, das allgemeine, geheime,
direkte Wahlrecht wieder abzuschaffen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. lehnte diesen
Bismarckschen Plan erfreulicherweise mit Ent-
schiedenheit ab.

Dieser Vorgang wird jetzt in Erinnerung ge-
bracht und in seinen intimen Einzelheiten vom
Leipziger Gymnasialdirektor Professor Dr. Otto
Raemmel in den politisch rechtserhellenden „Grenz-
boten“ erzählt. Am 30. Oktober 1892 fand
zwischen Bismarck und Raemmel eine Unterredung
statt, die letzterer sofort aufgezeichnet hat.
Raemmel wollte Bismarck wieder zur Mit-
arbeit für die „Grenzboten“ interessieren. Einige
Bemerkungen von ihm über die Sozialdemo-
kratie wurden dann von Bismarck wie folgt
beantwortet:

„Das ist sozialistisch!“ sagte er. „Wenn der Unter-
nehmergewinn in ein gewisses Niveau herabsinkt, dann
steht der Unternehmer sein Kapital eben zurück, schließt
seine Fabrik und schneidet Coupons. Die Sozialdemokratie
will den Umwurf, ihre Führer führen sich einmal auf
diesem Bahnstrange und streben nach der Herrschaft. Wenn
sie die haben, werden sie alles umwerfen. Der alte
gesunde Staat will, der muß die Sozialdemokratie be-
kämpfen. Als Reichshauptmann mußte ich nach dem Sage-
verfahren: Wer nicht will mitdrücken, muß weichen.“
Man müßte der Sozialdemokratie... die poli-
tischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. So-
weit würde ich gegangen sein. Die sozialdemo-
kratische Frage ist eine militärische. Man behandelt jetzt
die Sozialdemokratie außerordentlich leichtsinnig. Die
Sozialdemokratie frecht jetzt — und mit Erfolg — danach,
die Interessierten zu gewinnen; die Führer machen es jedem
Sozialdemokraten zur Pflicht, zu bleiben, wenn er Inter-
essierter werden kann. In Hamburg — ich kenne die dortigen
Verhältnisse ganz genau — besteht jetzt schon ein guter
Teil der Truppen aus Sozialdemokraten, denn die Leute
dort haben das Recht, nur in diese Bataillone ein-
zutreten. Die nur, wenn sich diese Truppen einmal weigern,
auf ihre Wägen und Stühle zu sitzen, wie der Kaiser ver-
langt hat? Sollen wir dann die hannoverschen und witten-
bergischen Regimenter gegen Hamburg ansetzen? Dann
haben wir dort etwas wie die Kommune in Paris. Der
Kaiser war eingeschüchtert. Er sagte mir, er wolle
nicht einmal „Karlitätsfestspiele“ heissen,
wie sein Großvater und nicht gleich am
Anfange seiner Regierung, bis an die
Kugel im Dialekt waren.“ So sagte ihm damals.
„So Majestäts werden noch viel tiefer fluchen müssen, wenn
die jetzt zurückgehen.“

Am hielt er mich fäustlich fern. Darin beehrte ihn
der Großherzog von Baden, der das jetzt bitter bereut, und
Wittlicher, der... zu weiter gar nicht da war, als dazu,
meine Ansicht im Staatsministerium zur Geltung zu
bringen. — Wie ich nun wieder nach Berlin kam
(24. Januar 1890), zeigte mir der Kaiser den Entwurf
zu den Arbeitererlassen (aber eine Verschönerung
mit den großen Industriellen zum Wohl der Arbeiter).
Wahrscheinlich hatte ich ihn hinterher gemacht, denn es standen
dieselben Dinge drin vom Karitätsfestspielen und vom
Blutwaten; er war ganz unmaßlich. Nun brachte ich dem
Kaiser meine Reinschrift zu den Erlassen. Ich sagte ihm:
„Wenn ich Eurer Majestät raten darf, so werfen Sie
das Papier ins Kaminsfeuer.“ „Nein, nein,“ er-
widerte er, „geben Sie nur her,“ und legte seinen Namen
darunter. Ich legte das Papier in meine Tasche und suchte
die Veröffentlichung noch hinauszuschieben, aber zehn Tage
nachher schickte er zu mir und ließ fragen, warum sie noch
nicht publiziert seien, es sollte bis zum nächsten Morgen
geschehen (4. Februar 1890). Welche traurigen Folgen das
hatte, wissen Sie. Gemeint sind die Reichstagswahlen
vom 30. Februar. Ich glaube Ueberzeugung zu haben,
indem ich die Beratung des Staatsrats (zum 14. Februar)
mit der nationalen Arbeiterkongressen veranlaßte. Ich
kämpfte mich. Im Staatsrat (26. Februar bis 4. März),
wo auch einige Arbeiter (vier) anwesend waren, wagten
nur wenige Vertreter der Industrie (Schwabe, Krupp, ein
wenig andere), darunter der Vertreter von Krupp, ein
Schick, wie hier er noch? — „Schweigen Sie“, warf ich
ein — die Abtrünnigen sind vultum insantium tyranni —
(den Blick des gegenwärtigen Herrn) und liegen wie im
Schilf. Unsere Kontroversen aber, die Franzosen, Engländer
und Belgier, konnten doch nur wünschen, daß wir son-
ntagsunfähig würden.

Es ist erfreulich, daß Kaiser Wilhelm II.
Bismarck gründlich abfallen ließ mit seinen Staats-
streichplänen und daß er darauf bestand, die sozial-
politischen Erlasse vom 4. Februar zu veröffentlichen.
Was bisher von jenen Erlassen veröffentlicht worden
ist, hat die Kontroversenfähigkeit Deutschlands ge-
fährdet. Bismarck befand sich in der Beurteilung
der Wirkungen des Arbeitergesetzes also in einem
schweren Irrtum.

Das Wahlrecht ist bis auf den heutigen Tag un-
verändert geblieben, allerdings war in den letzten
Jahren davon viel die Rede, daß einflußreiche
Kreise von neuem auf eine Befestigung des be-
stehenden Wahlrechts drängten. Auch wurde be-
hauptet, daß der Kaiser solchen Plänen geneigter
geworden sei. Das dürfte wohl nicht zutreffen.
An dem allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrecht
halten doch auch die vielen, Hunderttausende zähl-
enden deutschen Arbeiter fest, die nicht auf dem Boden
der Sozialdemokratie stehen.

Wenn die Reichsregierung es ernstlich in die
Hand nehmen wollte, die berühmten Februarerlasse
energisch durchzuführen, dann würde sie hierbei
nicht nur die auf dem Boden der heutigen Staats-
und Wirtschaftsordnung, insbesondere auch alle
Deutschen Gewerkevereine, auf ihrer Seite haben,
sondern auch zahlreiche Mitläufer der Sozialdemo-
kratie wieder zurückgewinnen. Jede Schwächung
der Sozialdemokratie würde in diesem Sinne wohl
auch förderlich auf die Reichsregierung einwirken
können.

Die Sozialdemokraten gehören zu den
schlimmsten Feinden der Gewerkevereine,
darum wird die Parole des Zentralrats, am
25. Januar seinen Feind der Gewerkevereine
zu wählen, gewiß von allen Verbandsangehörigen
befolgt werden.

Um der Erhaltung des Wahlrechts, wie aller
übrigen bürgerlichen Freiheiten willen, wäre ein
Rückgang der sozialdemokratischen Mandate und
Sitznahmen dringend wünschenswert! Der ruhigen

aber sicheren Entwicklung im freiheitlichen
Sinne würde damit jedenfalls in hohem
Maße genügt werden. Ein weiteres An-
wachsen der Sozialdemokratie wäre Wasser
auf die Mühlen der Reaktion!

Die Holzarbeiteranzersparung in Berlin.

In der Reichshauptstadt tobt zur Zeit ein heftiger
Kampf in der Holzindustrie. Die Mitglieder des
deutschen Holzarbeiterverbandes sind ausgepörrt worden,
und zwar lediglich diese. Darob natürlich großes
Geschrei in der gewerkschaftlichen und sozialdemo-
kratischen Presse! Namentlich richtet sich die Wut
gegen unsere Kollegen vom Gewerkeverein der Tischler.
Da anzunehmen ist, daß die Beleumdungen, mit
denen man in Berlin jetzt gegen unsere Kollegen vor-
geht, auch bald in der sozialdemokratischen Provinz-
presse auftauchen werden, sei in folgendem eine kurze
wahrheitsgemäße Darstellung des Sachverhalts wieder-
gegeben, welche die „Berliner Volkszeitung“ über die
Bewegung bringt. Danach waren an dem jetzt ab-
gelaufenen Tarifvertrag von Arbeitnehmerorganisa-
tionen beteiligt, der deutsche Holzarbeiterverband,
der Gewerkeverein der Tischler, der Verband der
Waldpolierer und der christliche Holzarbeiterverband.
Der Verband der Waldpolierer ist inzwischen im
deutschen Holzarbeiterverband aufgegangen, so daß
von den anderen Organisationen wohl angenommen
werden dürfte, daß auch bei dem Abschluß des neuen
Tarifs ein gemeinsames Vorgehen stattfinden würde.
Deshalb wählten auch die Bautischler des Gewerke-
vereins eine Lohnkommission, die die Lohnforderungen
betreffend den Bauhandwerker formulieren sollte.

Als dann, so heißt es in der betreffenden Zu-
schrift in der „Volkszeitung“, die aufgestellten Forder-
ungen von einer Brandenburger Versammlung in etwas
veränderter Form anerkannt waren, wandte sich der
Obmann der Bautischler des Gewerkevereins an den
Obmann derselben Branche des Holzarbeiterverbandes,
um eine gemeinsame Sitzung zur Durchberatung der
beiderseitigen ausgearbeiteten Tarife und eine Ein-
igung über etwa kritische Punkte herbeizuführen. So
war die Sache vorher in einer gemeinschaftlichen
Sitzung, die in der Waldpolierfrage tagte, zwischen den
Vertretern des Verbandes und des Gewerkevereins
verabredet worden. Auf diese genannte Anfrage
erhielt der Obmann des Gewerkevereins folgende
Antwort:

Berlin, 3. Oktober 1906.
Bester Kollege!
Da wir mit unserer Tarifberatung noch nicht zu
Ende sind, müssen wir die gemeinschaftliche Sitzung noch
etwas hinausschieben, werde aber sofort Mit-
teilung davon machen, wann die Sitzung
stattfindet.
Mit Gruß
Karl Reich.

Diese versprochene Mitteilung ist nicht
erfolgt. Am 11. Oktober machte der zweite Bewoh-
nächste der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holz-
arbeiterverbandes, Herr Leopold, telephonisch das
Bureau des Gewerkevereins darauf aufmerksam, daß
auch der Gewerkeverein den Vertrag zum 14.
ständigen müßte. Als ihm mitgeteilt wurde, daß
dieses schon geschehen sei, sagte er wörtlich:

„Dann wollen wir mal sehen, ob die
Unternehmer wieder einen neuen Vertrag
mit uns abschließen.“

Es ließe sich noch eine Reihe anderer Tatsachen
anzuführen; jedoch dürfte Vorstehendes genügen, um
die Annahme zu rechtfertigen, daß auch vom Holz-
arbeiterverband ein gemeinsames Vorgehen beab-
sichtigt war.

Da plötzlich erschien in der „Berliner Volks-
zeitung“ eine Notiz, daß am 13. Oktober eine
Sitzung der Schlichtungskommission sich mit den
Forderungen der Arbeitnehmer zum neuen Tarif be-
saß. Gegenüber der bisherigen Gepflogenheit war der

Der
Hilf
sch
rid
zu
W
n
a
n
a
u
f
f
u
r
d
ie

Gewerksverein zu dieser Sitzung nicht eingeladen. Trotzdem nahm ein Vertreter ungeladen an der Sitzung teil.

Der Holzarbeiterverband brachte dort seine Wünsche vor, ohne sich um die Meinung der Andersorganisierten zu kümmern. Im allgemeinen gewann der Vertreter des Gewerksvereins den Eindruck, daß etwas hinter den Kulissen vorgegangen sei. Um das festzustellen, wandten sich zwei Vertreter des Gewerksvereins an den Obermeister Rahardt mit der Frage: „Warum der Gewerksverein nicht zu der oben genannten Sitzung eingeladen sei?“ Dort erhielten sie die Mitteilung,

daß der Gauleiter Stusche vom Deutschen Holzarbeiterverband den Arbeitgebern gegenüber bestimmt erklärt habe, der Holzarbeiterverband werde diesmal unter keinen Umständen wieder gemeinsam mit dem Gewerksverein verhandeln.

Dadurch war dem Gewerksverein der Tischler der Weg vorgezeichnet. Er wurde vom Holzarbeiterverband gezwungen, selbständig zu verhandeln, was auch geschehen ist. Wenn jetzt der „Vorwärts“ schreibt: „Der Gewerksverein ist eine Streikbrecherorganisation“ und „die Verhandlungen des Gewerksvereins mit den Unternehmern schwerem Vermittlung schon lange und haben letzteren den Rücken gestärkt, so sei dazu bemerkt: Angesichts der Tatsache, daß letzterer beim „Vorwärts“-Konflikt ein großer Teil der Gewerkschaftspresse auch von „Streikbrechern“ schrieb, die die Stellen der gemäßigten Rebalteure besetzten, ist dieser Ausdruck im „Vorwärts“ weiter nicht verwunderlich, er ist gefällig.

In Bezug auf die Verhandlungen der Gewerksvereiner mit den Arbeitgebern sei aber klargestellt, daß diese erst in der zweiten Hälfte des Dezember stattgefunden haben. Wenn also etwas geschehen war, den Unternehmern den Rücken zu stärken, so sind es die Beschlüsse des Holzarbeiterverbandes, „daß gleich 1 Mk. pro Woche Ertragsbeitrag erhoben werden muß“ und „daß die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes erst von der zweiten Woche ab unterrichtet werden“.

Die bedauerliche Zersplitterung der Arbeiter ist also lediglich verschuldet durch den Gauleiter des Holzarbeiterverbandes. Er mußte wissen, daß die Gewerksvereiner, wenn man sie nicht zu den Vorbereitungen hinzuzug, keinerlei Verpflichtungen übernehmen würden. Das schreibt ihnen ihre Organisationslehre vor.

Die Herr Stusche sich aus der Schlinge zu ziehen versucht, geht aus einer Berichtigung hervor, welche vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes nach der Freigabe an den „Vorwärts“ gesandt wurde. Darin heißt es:

„Es ist nicht wahr, daß ich bei Herrn Stusche angefragt habe, ob der Holzarbeiterverband auch den Hirsch-Dunderschen Gewerksverein zu den Verhandlungen einladen würde. Es ist auch nicht wahr, daß Herr Stusche darauf geantwortet hat, daß der Holzarbeiterverband keine Veranlassung. Wenn ich aber den Gewerksverein einladen wollte, so müßte ich es tun.“

Wahr dagegen ist, daß Herr Stusche gelegentlich einer Besprechung die bedauerliche Erklärung abgab, der Holzarbeiterverband würde unter keinen Umständen wieder mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein verhandeln.“

Schlußwort
C. Rahardt, Obermeister.
Der „Vorwärts“ stellt nun die Sache so hin, nachdem er vorliegende Berichtigung in verstellter Weise gebracht hat, als ob Stusche nur seine persönliche Meinung gesagt habe.

Man denke: Der Gauleiter, der erste Beamte für den Gau Berlin, geht in dieser Eigenschaft zum Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, schließt die Gewerksvereiner von den Verhandlungen aus und sagt nachher, das war nur meine persönliche Meinung.

Da muß man doch die Frage aufwerfen: Wer ist im Holzarbeiterverband noch verantwortlich, wenn dort nur jeder seine persönliche Meinung sagt?

Zum kommenden Verbandstage.

Nachdem schon mehrere Kollegen aus den verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes zum kommenden Verbandstage ihre Gedanken und Wünsche im „Gewerksverein“ niedergelegt haben, möchte auch ich einige bescheidene Wünsche und Forderungen aufstellen.

Betreffs Reuebesetzung der Anwaltsstelle bin ich der Meinung, daß es allen Kollegen klar sein muß, daß es nur einen Anwalt der Deutschen Gewerksvereine geben kann, unseren unerschütterlichen Dr. Max Hirsch! Dadurch beweisen wir am besten, was unser Anwalt für uns und für die gesamte deutsche Arbeiterschaft gewesen ist. In dieser Frage stimme ich daher vollständig dem Kollegen Schumacher zu, einen Generalsekretär des Verbandes zu wählen, der das vorwärts setzende Schiff der Deutschen Gewerksvereine mit aller Energie und

Willenskraft durch alle Rippen und Jährnisse von rechts und links hindurchstößt, und der auch instand ist, Sonderinteressen, die nicht der Allgemeinheit zum Wohle gereichen, über Bord zu werfen.

Nun zu den Ausbreitungs- und Ortsverbänden. Trotzdem ich in früheren Jahren ein großer Schwärmer für die Ausbreitungsverbände war, so habe ich doch die Ueberzeugung gewonnen, daß beide Institutionen nebeneinander ein Uebel sind. Eins von beiden muß über Bord geworfen werden, und nach meiner Ueberzeugung können es nur die Ausbreitungsverbände sein. Denn sehen wir uns die Jahres- resp. die Tätigkeitsberichte der einzelnen Orts- sowohl wie der Ausbreitungsverbände etwas genauer an, so finden wir, daß die ersteren in praktischer Hinsicht mehr geleistet haben wie die letzteren. Fordern wir lieber für die Ausgaben, welche uns die Ausbreitungsverbände jährlich kosten, daß wir Bezirksverbandsbeamte bekommen, und der Gewerksvereinsache ist besser gedient. Wie notwendig dieses ist, das tritt hauptsächlich dort zutage, wo wir Gewerksvereiner gegenüber den freien Gewerkschülern und Christlichen in der Rinderheit sind. Gerade wir hier an der Vaterland müßten mit Freunden begrüssen, einen Bezirksbeamten zu bekommen, denn wie es ist, wenn man im Arbeitsverhältnis steht und den Gegnern mit aller Kraft entgegentritt, das werden wohl schon verschiedene Kollegen, die selbst im Arbeitsverhältnisse stehen, aus eigener Erfahrung wissen; anders ist es, wenn dem Wohlstand nach Anstellung von Verbandsbezirksbeamten Rechnung getragen werden könnte.

Betreffs Zusammenlegung des Zentralrats sowie des Verbandstages bin auch ich der Ansicht des Kollegen Kröger schon aus finanzieller Hinsicht. Es muß der Grundtag: gleiches Recht für alle in unsern beiden höchsten Parlamenten geltend gemacht werden, es muß jeder Beruf, soweit er den Deutschen Gewerksvereinen angehört, vertreten sein. Hier kann nur dann etwas Positives geleistet werden, wenn Vertreter aller Berufe im Zentralrat resp. im Verbandstag Rechenschaft ablegen über die Lage in ihrem Berufe. Mit der alten Form muß gebrochen werden. Gründe, wie sie der Kollege Baldi auf dem letzten Verbandstage anführte, sind jetzt nicht mehr stichhaltig. B. B. ein Konditor und Pfefferfischer kann umwägliche Interessen eines Schiffbauers, Schiffszimmerers usw. vertreten, umgekehrt ist es aber ebenso. Hier muß Knecht geübt werden. Jeder Gewerksverein bis 3000 Mitglieder einen Vertreter, für je weitere 3000 einen mehr, das muß der Beschluß des kommenden Verbandstages sein. Natürlich muß jeder Gewerksverein die Kosten für seinen Vertreter hierzu selbst übernehmen. Wird dieser Beschluß zustande kommen, dann können auch wir kleineren Gewerksvereine mit recht sagen: es ist nicht ein einziger zusammengelegter Verbandstag, wie es bisher gewesen ist. Ich glaube bestimmt, daß die Mehrzahl der Kollegen diesem Punkte zustimmen wird. Denn gerade der Berufscollegen in einzelnen ist am besten befähigt, die Schäden und Mängel seines Berufes zu kritisieren. Es ist mir nicht erinnerlich, daß sich schon mal ein Verbandstag mit der Entwicklung der Schiffbau-Industrie und der Lage der Arbeiter in derselben gründlich beschäftigt hat.

Na, hoffentlich gelingt es diesmal, dem Gewerksverein der Schiffszimmerer, Schiffsbauer und verwandten Berufe aus Abgeordneten zu diesem Verbandstage durchzubringen. Aber halt, da fällt mir etwas ein: Soll doch betrefis dieses Gewerksvereins von Seiten unserer Maschinenbauer eine „Eingemeindungs-politik“ im Gange sein. Es hat die Bezirkskonferenz des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Hannover am 1. Weihnachtstage 1906 schon den Grundstein gelegt, um dem Verbandstag dieses zu unterbreiten. Danach wäre es dann doppelt notwendig, daß dieselben einen Vertreter im kommenden Verbandstage haben. (Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist ja jetzt die Reihe an diesen.)

Wird der Beschluß, daß jeder Gewerksverein auf dem Verbandstage vertreten sein soll, angenommen werden, so wird dies ein neuer Ansporn für die kleineren Gewerksvereine sein, sich immer weitere Bahn zu brechen.

Nun hätte ich noch einen bescheidenen Wunsch, welcher, wenn derselbe vor dem Verbandstage Gehör findet, für die kleineren Gewerksvereine von großem Nutzen sein würde: die Errichtung einer Rednerschule seitens des Verbandes. Gerade in diesem Punkt frant es in den kleineren Gewerksvereinen. Was den Rednerpunkt anbelangt, so würde derselbe die neuen agitatorischen Kräfte, die wir uns dann heranzubilden würden.

Nun die Frage der Neutralität. Die Neutralität innerhalb unserer Organisation muß aufrecht erhalten bleiben; denn würden wir uns irgend einer Partei in die Arme werfen, so würde die Durchschlagskraft unserer Organisation sofort geringer werden. Denn die Neutralisierung der übrigen Gewerkschaften ist meiner Ansicht nach nur noch eine Frage der Zeit.

Hiermit will ich zunächst schließen, in der Hoffnung, daß auch meine Anregungen auf guten Boden fallen mögen und den weiteren Kollegen, insbesondere aus den kleineren Gewerksvereinen zum Ansporn werden, aus der Reserve herauszurücken.
J. Gaeffe-Mel-Uebel.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 22. Januar 1907.

Der darf wählen? Wähler ist jeder Deutsche, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

Für Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen solange, als dieselben sich bei der Fahne befinden. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1. Personen, die] unter Vormundschaft oder Kuratel stehen;
2. Personen, über deren Vermögen gerichtliche Konkurs oder Zahlungsunfähigkeit erklärt ist, für die Dauer dieses Verfahrens;
3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben;
4. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen sind, für die Zeit der Entziehung.

Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirk ausüben will, muß in demselben, oder, im Falle eine Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, in einem derselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

Auf zur Wahl!

Wie es um die sozialdemokratische Freiheit bestellt ist, das zeigt deutlich eine Zuschrift des Kollegen Heinrich Lange aus Hannover. Augenblicklich, werden inbrünstig um die Stimmen der Gewerksvereiner für die Reichstagswahl gebuhlt wird, müssen trotzdem unsere Kollegen in Linden wieder einmal die „Freiheit“ kosten, die die Genossen Andersgesinnten angeheben lassen wollen. Seit vielen Jahren haben die Gewerksvereine ihr Vereinstafel bei dem Schankwirt Karl Rabe am Mittelndesplatz. Im Laufe der Zeit haben dann auch einige „freie“ Dilettantenklub und der Zentralverband der Maurer bei ihm ihr Heim aufgeschlagen. Mäßiglich nun erhielt unser Kollege, der dem Wirt erst vor kurzem in einer recht wichtigen Angelegenheit einen wesentlichen Dienst geleistet hatte, folgendes Schreiben:

An den Vorstand des Gewerksvereins der Maschinenbauer, Linden.
Ich muß Ihnen leider aus geschäftlichen Gründen Ihre Vereinstafel hiermit kündigen und bitte, Ihre Schranke abzuholen. Die Gründe kann ich Ihnen mündlich vortragen.

Mit Gruß
Karl Rabe, Schankwirt.

Die „geschäftlichen Gründe“ bestehen darin, daß die „freie“ sozialdemokratische Vereinstafel die Kündigung von dem Wirt verlangt haben. O du goldener Zukunftsstaat! Wenn jetzt bei den Wahlen der Sozialdemokratie irgendwo Votale abgetrieben werden, da könnte man Leibschmerzen bekommen über die Klagelieder, welche die sozialdemokratische Presse darüber antimmt. Hier aber, wo es sich um Gewerksvereiner handelt, da heißt es in dem sozialdemokratischen Blatt von Hannover: „Weil dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein von K. Rabe gekündigt ist, 1,08 Mk. zum Wahlfond.“ Da können unsere Kollegen sehen, wie man sie behandelt. Hoffentlich ziehen sie auch bei der Wahl daraus ihre Schlüsse. Sie werden sich auch das Verhalten des Wirtes am Mittelndesplatz merken, dem ihre Großen in den Versammlungen nicht mehr gut genug sind. Sie werden ihm namentlich auch bei dem Schützenfest zeigen, daß sie ihr Geld dort verkehren können, wo sie freundlich aufgenommen und ebenso gut gefeiert werden wie andere Leute. Gewerksvereiner, werdet hart! Jetzt wo ihr seht, wie man uns bekämpft, muß mit doppeltem Eifer für unsere Sache gearbeitet werden, damit die wirkliche Freiheit durch unsere Organisation erkämpft wird.

Terrorismus und kein Ende. In Kachen hat der „freie“ Verband der Zimmerleute beschlossen, nicht mehr mit den im christlichen Verbands organisierten Zimmerern zusammenzuarbeiten. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Beschluß zu einem heftigen Kampfe führt. Gleichzeitig kann aus Elberfeld ein dralliches Beispiel angeführt werden, wie die in ihren Wahlflugblättern von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwärmenden Genossen diese Grundzüge Andersdenkenden gegenüber zur Anwendung bringen. Das Bausgeschäfts von Otto Roll beschäftigt am städtischen Elektricitätswerk eine Anzahl Maurer, von denen drei seiner Organisation angehören. Die übrigen sind Mitglieder des „freien“ Verbandes der Maurer und verlangten nun von jenen, daß sie sich ebenfalls ihrer Organisation anschließen. Als diese sich weigerten,

verlangten die Organisierten die Entlassung der anderen, widrigenfalls sie die Arbeit einstellen würden. Als trotz dieser Drohung der Unternehmer ihren Wunsch nicht entsprach, traten sie tatsächlich in den Ausstand, freilich ohne in diesem Falle ihren Willen durchsetzen zu können. Der Arbeitgeber hatte nämlich für diese Art Organisationsbestrebungen kein Verbandsmitglied, sondern entließ die Genossen.

Auch wir beurteilen die Gleichgültigkeit der Arbeiter, die es nicht für nötig hielten, sich einer Organisation anzuschließen. Ebenso entschieden aber verworfen wir das von den Zielbewussten hier angewandte Mittel, Indifferenten für die Organisation zu gewinnen. Nicht durch Zwang, sondern durch Aufklärung und Belehrung kann man wirklich überzeugungstreue Anhänger für eine Organisation gewinnen. Das Vorgehen der Zielbewussten in diesem Falle ist zweifellos viel werthvoller, als wenn die Schamlosen Arbeiter auf die Straße werfen.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung der Automobilfabrikanten in Berlin ist wider Erwarten noch nicht beendet. Drei Wochen sind bereits der Kampf, und die Aussperrten auf seine Beilegung haben sich eher verschlechtert als verbessert. Die Berliner Drahtarbeiter wollen ihren dreijährigen, am 31. März ablaufenden Tarifvertrag kündigen. Sie erstreben eine Aufbesserung der Löhne und Verkürzung der häufig noch 12 Stunden währenden Arbeitszeit. — Eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen herbeizuführen, sind in Schulaus an der Eise die Arbeiter der Zuckerraffinerie von Reichardt & Co. in den Ausstand getreten. — Wegen Lohnfortschrittlichkeit die Arbeit niedrigerstellen haben die Arbeiter der Weichseln Raffinerie in Warburg. — Die Lohnbewegung der Zimmerer in Berlin und seinen Vororten nimmt erstarrte Formen an, da der Verband der Zimmermeister sich ganz entschieden gegen die Bewilligung der schändlichen Arbeitszeit und höhere Löhne ausgesprochen hat. — Erste Differenzen sind auf dem Glühlampenwerk Pechhause bei Augsburg ausgebrochen, weil den Glasbläsern und Glasbläserinnen bedeutende Lohnkürzungen zugemessen wurden, die sie ganz entschieden zurückwiesen. — Zum offenen Kampfe ist es in der Krefelder Seidenindustrie gekommen. Dasselbe waren, wie wir in voriger Woche kurz mitteilten, in zwei Betrieben die Färber in den Ausstand getreten. In dem einen waren 13 Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen worden, worauf die Arbeiter, um Entlassungen zu vermeiden, eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangten. In dem anderen Betriebe entstanden die Differenzen wegen der sog. Kaffeepause, die abgebrochen werden sollte, so daß die Arbeitszeit ununterbrochen von 7—12 und von 1—6 Uhr gedauert hätte. Damit waren die Arbeiter nicht einverstanden, sondern legten die Arbeit nieder. Da in dem beiden Fabriken eine Einigung nicht zu erzielen war, legte sich der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie ins Mittel. Derselbe erklärte die Forderungen der Arbeiter für unerschwerzt und bewirkte, daß von Montag früh in Krefeld in sämtlichen Fabriken die Arbeiter ausgesperrt werden sollen. Es heißt weiter, daß auch alle übrigen Textilarbeiter daselbst Schicksal teilen sollen, wenn die Arbeiter, die den Anlaß zum Konflikt gegeben haben, nicht von ihren Forderungen absehen. — Da die dem Keramikarbeiter Verbands angehörigen Porzellanarbeiter eine neue Lohnbewegung vorbereiten, verlangt die Firma Kotta & Wöhme in Pöthen von ihren 200 Arbeitern den Austritt aus dem Verbande, andernfalls sollen sie am 1. Februar sämtlich entlassen werden. — Die drohende Aussperrung in Schweden scheint doch noch vermieden werden zu können, da die Arbeiter Nachgiebigkeit zeigen. Der Anschlag der Landesorganisation der Fachverbände beschloß, den einzelnen Fachvereinen anzuraten, die von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen und den Vermittlungsvorschlag des aus Delegierten der Arbeitgebervereine und der Landesorganisation der Fachvereine bestehenden Verhandlungsausschusses anzunehmen und die Annahme dem Anschlag bis zum 23. Januar mitzuteilen.

In London hat sich eine Organisation der Theater- und Variétéangestellten gebildet, der annähernd 6000 Personen beigetreten sind und die auch die Anerkennung seitens der Theaterdirektoren gefunden hat.

Ein Sozialist mit dem Piesma. Während in Deutschland die Sozialdemokraten sich fürchtbar darüber aufregen, daß Berliner Stadtverordnete fremde Herrscher in ihrem Gängelung in die Hauptstadt begrüßen, haben französische Sozialdemokraten nicht den geringsten Anstoß genommen, selbst den Jaren in der untertänigsten Weise seitlich zu empfangen. Das sind Tatsachen, die sich nicht hinwegzulegen lassen. Die französischen Genossen denken in diesen Fragen weniger radikal als die deutschen. Zeigt hat sich in Frankreich sogar das Schwärzliche erigen, daß der Sekretär der sozialistischen Bergarbeitervereinigung des Pas de Calais, namens Erard, das Kreuz der Ehrenlegion, also

einen richtigen Orden bekommen hat. Dabei muß man bedenken, daß eine solche Auszeichnung nur auf ausdrücklichen Wunsch verliehen wird. Und zu solchem Wunsch hat sich ein Mann hergegeben, der noch in den letzten Ausstandsbegehren eine führende Rolle gespielt hat. Die Organisation, an deren Spitze Erard steht, hat ihm denn auch ein Todesotium ausgesprochen und der „Vorwärts“ ist natürlich rein aus dem Häuschen über die „Verleugnung der parteigebirgigen Grundsätze.“ Man sieht jedenfalls aus demartigen Vorkommnissen, daß in anderen Ländern die Sozialdemokratie nicht so penibel ist wie bei uns.

Wenig aber bestial. In den Betriebsverhältnissen in Saarbrücken wurde den Eisenbahnarbeitern durch Anschlag bekannt gegeben, daß ihnen nach einer Beförderung des Eisenbahnministers in dem Jahre ein Erholungsurlaub gewährt werden soll, selbstverständlich unter Fortzahlung ihres Lohnes. Arbeiter, die 10 Jahre fähig auf der Eisenbahn beschäftigt sind, sollen 6 Tage Urlaub erhalten, solche, die auf eine siebenjährige Beschäftigung zurückzuführen, 4 Tage. Zusammenbrechen wird der Staat nicht unter den Kosten, die ihm dadurch aufgebürdet werden. Immerhin ist es ein Anfang, und als solchen begrüßen wir diese Beförderung des Eisenbahnministers.

Die neue Berggesetzvorlage ist kürzlich in der preussischen Thronrede in Aussicht gestellt worden. Die bergbauverordnenden Kreise des Ruhrkohlenreviers wollen sogar schon wissen, was diese Vorlage bringt. Nach verschiedenen Mitteilungen sollen in bezug auf Steinlohn und Salz sämtliche bisherigen Vorschriften über das Schürfen und Muen aufgehoben werden, da ein Rechtsanspruch auf Verleihung des Bergwerkseigentums an diese Mineralien nur noch dem Bergfiskus zuzurechnen ist. Das Recht zum Schürfen soll künftig als ein beschränktes Bergwerkseigentum angesehen werden. Ferner sollen die Gruben, die den Staat zu einer Entziehung des Bergwerkseigentums berechtigen, revidiert und dahin erweitert werden, daß die Entziehung erfolgen kann, wenn der Bergwerksbesitzer eine der ihm in der Verleihungsurkunde auferlegten Pflichten trotz erfolgter Aufforderung seitens der Bergwerksaufsichtsbehörde nicht erfüllt. Endlich soll die Verantwortlichkeit für die Befolgung der berggesetzlichen Vorschriften bis zu einem gewissen Umfange auch dem Bergwerksunternehmer auferlegt werden.

Das sind in der Tat tief einschneidende Änderungen, die vielleicht manchem Bergwerksbesitzer nicht gerade angenehm sind. Immerhin aber wird es zweifelhaft sein, wenn man sich nicht allzu großen Hoffnungen hingibt. Der preussische Landtag hat ja auch noch ein Wort mitzusprechen, und daß hier die Staatsregierung eine solche Vorlage vertreten wird, will uns vorläufig noch zweifelhaft erscheinen.

Die 330. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 27. Januar, nachm. 3 Uhr, im Vorgang-Theater statt. Zur Aufführung gelangt: „Marie, die Tochter des Regiments.“ Oper in 2 Akten von Bayrd und St. Georges.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Oberrheinischer Ortsverband.
Wiederum ist ein Jahr verstrichen und soll mein Bericht einen Überblick über dessen Verlauf geben. Auch unser Ortsverbandsausfluß nicht am Jahresabschluss Bilanz zwischen Erfolgen und Entfällen zwischen Gewinnen und Verlusten. Und wenn wir uns dabei erlauben, sagen, daß der Gewinn an Idealen wie materiellen Gütern nur ein geringer war, dann soll diese Erkenntnis nicht kleinmütig und verzagt, sondern entschlossen und ausdauernd machen zu neuem, frischem Fortwärtstreben! Wenn wir einen Rückblick auf die Tätigkeit des Oberrheinischen Ortsverbandes im Jahre 1906, so dürfen wir mit voller Berechtigung sagen: Es war ein arbeitsreiches!

Die Tätigkeit innerhalb eines Ortsverbandes erfordert, wenn alle Punkte, die aufstehen und von Interesse für Gemeindeglieder sind, durchgeführt werden sollen, viel an die breitere Dessenhaftigkeit treten und von und leben machen, wenn wir etwas erreichen wollen. Aber aus den laufenden Mitteln, das muß hier ebenfalls konstatiert werden, läßt sich nicht alles bewerkstelligen. Mehr noch für die Tätigkeit hätte geleistet werden können, wenn die „Gemeindeglieder“ und anderen Organen aufleben und sterben in die Praxis ausführen. Das ist eben der Kardinalpunkt von allem: Leben ist Silber, Arbeiten aber Gold! Und zwar tue man jede Arbeit selbst, verlaße sich nicht auf andere. Selbst ist der Mann! Wer sich nur auf andere verläßt, ist verfallen. Das heißt aber: man nicht, daß man nicht Hilfskräfte heranziehen soll. Im Gegenteil, soweit Leute als möglich sind heranzuziehen. Man hüte sich nur, einzelne zu überlasten. Gerade darin besteht die Schwachheit eines örtlichen Führers, daß er möglichst viele Leute mit zur Arbeit anspornen kann und ihre Arbeiten sieht und fördert.

Was nun die innere Tätigkeit des Ortsverbandes im Jahre 1906 betrifft, so läßt zu berichten, daß die Geschäfte in 8 Aufsichtungen, sowie in einer größeren

Anzahl von Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses und in verschiedenen Kommissionen erledigt wurden.

Es wurden 6 arbeitsreiche und 10 öffentliche resp. außerordentliche Versammlungen abgehalten, die letzteren teils auf Kosten des Ortsverbandes, teils durch Vermittelung desselben; ebenso ein großes Sommerfest in Scheibenberg, auf dem Professor Dr. Kahn im Auftrag des Sächsischen Ausbreitungsverbandes die Redner hielt.

Von Wichtigkeit war bei diesem Feste die geschaffene Annäherung mit unserm Nachbar-Ortsverband Kue, von dem zahlreiche Kollegen erschienen waren. Unter anderem sprach Kollege Ebel in Scheibenberg, Buchholz, Gierlein und Schlettan.

Im letzterem Orte gelang es den Bemühungen einiger tätigen Ortsverbandesmitglieder einen O.-B. der Stadt (Zerth)arbeiter, noch dem sehr sachlichen Referat des Kollegen Ebel ins Leben zu rufen. Kollege Reußert, welcher im Auftrage des Zentralrats eine Reise durchs Erzgebirge unternahm, hielt in Buchholz, Schlettan, Annaberg und Schma Vorträge, welche sehr befähigt aufgenommen wurden. Unsere Sommerfestfeier fand der O.-B. der Waldschneid- und Metallarbeiter zu Cottendorf und der O.-B. der Fabrik- und Handarbeiter zu Gierlein, welche sich unserer Sache gegenüber sehr klar verhalten und sogar bei den in dem betr. Ortsverband tagenden Versammlungen durch Abwesenheit glänzen. Daß dann dort keine Erfolge erzielt werden, sondern die Gewerbetreibenden immer mehr verstockt, das wird wohl jedem einleuchten.

Anstatt sich auf den Ortsverband zu stützen, sieht man sich aus solchem Schamgefühl, wie es scheint, zurück, ja, man läßt ihn beinahe zurück.

Hoffen wir, daß diese wenigen Zeilen dazu beitragen, Meinen auf die Dauer unablässigen Aufbau zu befestigen, die Kollegen mehr Vertrauen aus Ortsverbänden lassen, insbesondere dem neuen Ausschuß tatkräftig zur Seite stehen bei Agitationen und Verbringungen der Arbeitsbedingungen, unter denen diese Kollegen gerade am meisten zu leiden haben.

Dann wird, ja dann muß auch von dort im nächsten Jahre Erfreuliches zu berichten sein.

Lutum frisch an die Arbeit Kollegen, unterstütz den neuen Ausschuß besser, als es bei dem alten geschah, wir müssen vorwärts kommen!

In einer zweiten Versammlung in Schma sprach im Auftrage des Ausbreitungsverbandes Kollege Schilling aus Dresden. Jedoch der beiden Versammlungen sowie der in Annaberg stattgefundenen war, die weitere Ausbreitung der Organisation.

Auch auf sonstige öffentliche Angelegenheiten wurde versucht, Einfluß zu gewinnen. In Scheibenberg besteht der Konsumvereins-Ausschuss resp. die Geschäftsführung aus Gemeindegliedern. Bei der letzten vorgenommenen Stadtoratorienwahl kam ein Gemeindeglieder durch. In der Krankenkasse gibt eine ständige Anzahl von Vertretern zur Generalversammlung resp. im Vorstand. Ebenfalls in Annaberg und Buchholz sind Anläufe unternommen, sind ist auch infolge der dortigen örtlichen Verhältnisse nicht gleich ein Erfolg errungen worden, so ist doch der Boden geschaffen und vorbereitet, auf dem ein Sieg späterhin aufzubauen werden kann.

Von den andern dem Ortsverband angehörigen Vereinen ist leider nichts Derartiges gemeldet worden. Dieses sollte geschieden, selbst wenn die Sache mit einem Mißerfolg begleitet gewesen ist. Hoffen wir, daß es auch in dieser Beziehung im neuen Jahre besser wird und durch die gewonnenen Erfahrungen positive Erfolge zu verzeichnen sind.

Während wegen der schon im vorjährigen Tätigkeitsbericht geschilderten Umstände die Beziehungen zu Sozialpresse gestört werden, umso inniger gestalte ich die Verhältnisse in dieser Beziehung zu der Sächsischen Gewerkevereinszeitung, dem Organ unseres Ausbreitungsverbandes. Sehr wirksam wurde ich hierbei unterstützt vom Ortsverbandesvorsitzenden, Kollegen Kubach, dem Kollegen Dahn aus Scheibenberg und dem Kollegen Dahn aus Buchholz resp. von der dort bestehenden Pressekommision. Die veröffentlichten Berichte beschäftigten sich in der Hauptsache mit Veröffentlichungen von Mitgliedern, mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der in unserem Bezirk befindlichen Fabrikbetriebe, sowie mit der hier heimischen Eisenarbeit und den traurigen Lohnverhältnissen in derselben. Die ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die meisten geblieben, wohingegen die Mieten und der Lebensunterhalt noch weiter gestiegen sind. Die vom Ausbreitungsverband veranstaltete Heimarbeitsschau stellte uns gerade besonders von den Scheibenerger Ortsvereinen in der tatkräftigsten Weise unterstützt. Es ist tief bedauerlich, daß eine derartige Veranstaltung von Seiten der Kollegen anderer engeren Vaterlandes nicht mehr gewünscht worden ist, als es geschahen ist. Das war fäthmbar eine totale Überforderung für die Scheibenerger tätigen Kollegen, welche geglaubt hatten, schon alles verstanden zu haben.

Wenn im vorigen Jahre noch nichts von der Tätigkeit der Agitationskommission zu vernehmen war, so verdanken wir es der Fall im verflohenen Jahre. Die Kollegen, von denen ich nur kein, Kenning und Bräutigam nennen will, anzuregen. Hoffen wir, daß es so fortgeht. Zu dem in Scheibenberg bestehenden Diskussionsklub kam im Laufe dieses Jahres die Reorganisation des Buchholzseiten des Verbandes eine Teilhabe gewährt wurde. Dieselben sind richtig gleeitet und vom besten Besitze besetzt, geeignet, jedes Versammlungsmitglied zu haben und anregender zu gestalten, was nicht ohne Rückwirkung auf die anderen Kollegen bleibt.

Daß der Zentralrat in Berücksichtigung der besonderen lokalen Verhältnisse die Arbeiten unseres Ortsverbandes anerkennt, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß er entsprechenden Anträgen gemäß ein Flugblatt in einer Auflage von 5000 Stück anfertigen ließ und zur weiteren Agitation den freilich sehr geringen Betrag von 20 Mk. bewilligte. Auch hätte er in Kollegen Kreise einen waderen öffentlichen Redner zur Verfügung. Die noch zu lösenden Aufgaben werden kommenden Jahr nicht geringer sein; im Gegenteil, sie wachsen ständig, und wird

ohne weitere Erklärungen nicht viel getan werden können. Also hat es der Zentralrat mit in der Hand, ob er hier bessere Zustände schaffen will oder nicht; was an uns liegt, wird getan werden.

Wären alle Kollegen sich gewöhnen, jede Versammlung zu besuchen, um zu einem ernstlichen Zusammenarbeiten beizutragen.

Dies und noch vieles mehr haben wir in unseren Mitteilungen zu werden und zu pflegen. Je intensiver wir es tun, umso eher wird das Programm einer neuen Zeit für die Gewerkschaften herrliche Früchte entfalten.

Auf solchem Programm erzielen wir unsere Mitglieder, den Arbeitern um Ruh, dem Segnern zum Ruh.

Verbandsorgan: Arbeit mit Begeisterung für unsere Sache ein!

Gewerkschaften-Teil

9 Duisburg. Es ist das erste Mal, daß von dem Arbeitersekretariat, welches von dem Ortsverband in Duisburg errichtet wurde, berichtet werden kann über die Tätigkeit desselben.

Der Vorstand hat sich bemüht, daß viele der Anstaltskinder es nicht für notwendig erachten, von dem Anstalt der Sade Mittelteil zu machen; sie denken nicht daran, daß die Erfahrungen gesammelt werden müssen, um in Dienste der Allgemeinheit wieder verwendet werden zu können.

innerhalb der Arbeitsfreie zu vereinigen, die mehr als bisher es notwendig macht, auffähernd zu wirken und den Anstaltskinder mit Rat und Tat beizustehen.

Verbands-Teil

Mitteldeutscher Ausbreitungsverband. Nützliche Bekanntschaft. Hierdurch geben wir den uns angehörenden Ortsvereinen bekannt, daß der 3. ordentliche Delegiertenkongress des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes am Sonntag, den 31. März d. J. (1. Osterfesttag) in Eckelshaus im Restaurant zum Rotkeiler stattfinden wird.

1. Rankaufklärung. 2. Tätigkeitsbericht. 3. Kasseebericht. 4. Anträge zum Statut. 5. Wahl des Vorstandes. 6. Berichtsangelegenheit (Bericht der Verbandskommission).

Wir bitten die einzelnen Ortsvereine, welche auf dem 3. ordentlichen Delegiertenkongress beabsichtigt werden sollen, möglichst bis zum 30. Februar d. J. beim Schriftführer, Kollegen A. Stier, Galle, Kurfürststr. 72, eingereicht zu sein.

Wir bitten die einzelnen Ortsvereine, die Vertrauensmänner anzuweisen, ihren Verpflichtungen nachzukommen (siehe Protokoll vom 2. ordentlichen Delegiertenkongress, Seite 8).

Mit Gewerkschaftsgruß! Der Kassierer, J. A. R. Stier.

Versammlungen

Berlin. Disziplinierkongress der Deutschen Gewerkschaften (D.G.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstr. 221/222.

Orts- und Bezirksverbände

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Will. Schulte-Wattler, Disziplinierkongress. - Hannover und Umgebung (Ortsverband). Die Gesangsstunden der Ortsverbands-Mitglieder finden jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Königsweh“, Brühlstr. 12, statt.

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften. Union-Festtage. Jeden Sonntag u. Donnerstag: Volkliche Sänger. Anfang: Sonntags 6 Uhr Eintritt 50 Pfg. Anfang: Wochentags 8 Uhr Eintritt 20 Pfg.

Haartruf! Im Alter von 52 Jahren starb am 19. d. Monats infolge Augenentzündung unser treuer und langjähriger Ortsverbands-Kassierer und Mitbegründer Hermann Adams. Sein Andenken wird stets in Ehren halten Der Ortsverband Herzlich und Umgegend.

Vom Verbandsbureau gegen Einzahlung von 1,50 Mk. zu beziehen: Die reichsgerichtliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung bearbeitet von E. H. S. S. und Walter Hering, Kaiserlichen Expedierenden Sekretären im Reichsversicherungsamt.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften. Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/22. Verbandsgeroffen! Allen nach Berlin kommenden Verbandsgeroffenen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierkammern zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften. Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/22. - Druck und Verlag: Goebcke & Gellinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.